

Renate Köcher

Die Schwierigkeit, in Freiheit zu leben

Leicht, oft in hochmütigem Ton, sprechen wir von der freien westlichen Welt. In der Tat sind die in den Gesetzen der westlichen Industrienationen verbürgten individuellen Freiheitsrechte und die gesellschaftlichen Kontrollmechanismen, die ihre Einhaltung überwachen, im historischen wie im internationalen Vergleich beeindruckend. Das subjektive Gefühl großer Freiheit, das die Mehrheit der Europäer erfüllt, wirkt wie das getreue Spiegelbild des objektiv hohen Niveaus der Absicherung individueller Freiheitsräume. In zehn Ländern Europas¹ wurde die Bevölkerung in Repräsentativbefragungen gebeten, ihren Spielraum der Selbstbestimmung anhand einer differenzierten zehnstufigen Skala zu beschreiben; in allen Ländern wählten nur kleine Minderheiten die niedrigen, Einengung und Unfreiheit kennzeichnenden Stufen, 6 Prozent der deutschen Bevölkerung, 11 Prozent der Europäer insgesamt. Eine weitere Untersuchung in der Bundesrepublik, die nach den Hindernissen für individuelle Freiheit fragte, belegt ebenfalls eine entspannte, keine akute Bedrohung fürchtende Einschätzung der Bevölkerung. Staat, Gesetze, Ordnungskräfte, mächtige Interessengruppen, Kirche – nur kleine Minderheiten benennen sie als wirksame Begrenzer individueller Freiheit.

Freiheit – für die westliche Welt kein Thema? Werden nicht alle Thesen von Zwängen, aber auch Sorgen über die Tragfähigkeit des Fundaments westlicher Freiheit hinfällig vor dieser beruhigten Sicherheit der Bevölkerung?

1859 verwendete John Stuart Mill in der Einleitung zu seinem berühmten Traktat „Über die Freiheit“ große Sorgfalt auf die Darlegung, daß die bürgerliche und soziale Freiheit, die sich aus „Wesen und Grenzen der Macht, welche die Gesellschaft rechtmäßig über das Individuum ausübt“, definiert, eine stets aktuelle Frage menschlicher Gemeinschaften sei, die sich jedoch in immer neuer Form stelle. Was Mill zu seiner Arbeit über die Freiheit bewegte, war die Überzeugung, daß das Wesen der Macht, die individuelle Freiheit begrenzte, auch gefährdet, im Umbruch begriffen war. Die Macht des Tyrannen, der klar umrissenen Herrscherkaste verlor nach seiner Überzeugung an Bedeutung; auf stieg die Macht der öffentlichen Meinung. Und so galt sein Interesse der Frage nach dem möglichen „Schutz gegen die Tyrannie des vorherrschenden Meinens und Empfindens“, nach der „Grenze für die rechtmäßige Einmischung öffentlicher Meinung in die persönliche Unabhängigkeit“².

Mit den Methoden der empirischen Sozialforschung kann heute die Aktualität der hellsichtigen These John Stuart Mills von der Macht der öffentlichen Meinung

belegt werden³. Und weitere, neue Gefahren sind der Freiheit erwachsen durch den raschen wissenschaftlichen und sozialen Fortschritt, mit dessen Tempo die notwendigen ethisch-moralischen Diskussionen und Entscheidungen in der Gesellschaft kaum noch Schritt halten können. Wenn eine Gesellschaft nicht mehr genügend Zeit hat, über die Folgen neuer Möglichkeiten nachzudenken und Konsens über ihre Nutzung oder den Verzicht darauf zu erreichen, entscheidet bald allein die technische Machbarkeit, was getan wird; die Freiheit der ethischen Selbstbestimmung ist damit verabschiedet. Als aktuelle Beispiele seien nur die Möglichkeit der Leihmutterchaft oder die Veränderung der Gesellschaft durch die Revolution der Informationstechnologie angeführt. Hat die Gesellschaft darüber nachdenken können, was die Leihmutterchaft für das Verständnis von Mutter- schaft bedeutet? Sind die Folgen der Informationsrevolution auch nur andiskutiert, die Chancen intellektueller Freiheit, die nicht gegen Zensur, sondern gegen Informationsüberflutung durchgesetzt werden muß?⁴

Doch selbst wenn die Zeit für Information und Diskussion reichte, ist zweifelhaft, ob noch genügend von gesellschaftlichem Konsens getragene Wertmaßstäbe bereitstehen, um die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Bewußte Selbstbestimmung einer Gesellschaft über die Gestaltung ihrer Zukunft erfordert Klarheit über die Ziele und die Rangfolge von Zielen, erfordert Urteils- und Verhaltenssicherheit. Diese Sicherheit wächst aus geschlossenen Weltbildern, aus Traditionen, akzeptierten Normen, aus gesellschaftlichem Konsens über das, was wünschenswert und was abzulehnen ist, und natürlich aus Wissen. Die außerordentliche Bedeutung, die dem letzteren für die Urteilskraft zuerkannt wird, ist eine spezifisch europäische Entwicklung. Die Aufklärung hat die Erkenntnis als Urteilsgrundlage in den Vordergrund geschoben und die ethischen und sozialen Wurzeln des Handelns im Bewußtsein zurücktreten lassen. Wenn Verhaltenssicherheit einseitig aus der individuellen Befähigung zur Erkenntnis erwartet wird, so begünstigt dies nicht nur die Geringschätzung allen rational nicht Beweisbaren, sondern verschiebt auch die Gewichte zwischen Individuum und Gesellschaft. Wer sich zutraut, aus sich selbst heraus, kraft eigener Vernunft zu urteilen, bedarf keiner feststehenden gesellschaftlichen Wertmaßstäbe und Normen, nicht der Zustimmung durch die Umwelt.

Individualisierung von Lebenszielen und Wertmaßstäben

Langfristig ist die Individualisierung von Lebenszielen, Weltbildern und Wertmaßstäben eine natürliche Folge des großen Vertrauens in die Erkenntnisfähigkeit und Urteilskraft des einzelnen, ebenso die überragende Bewertung des Ziels individueller Entfaltung. 80 Prozent der Europäer insgesamt, 84 Prozent der Franzosen, 76 Prozent der deutschen Bevölkerung befürworten eine Ausweitung

der Möglichkeiten individueller Entfaltung. Die Wertvorstellungen der europäischen und besonders der deutschen Bevölkerung haben sich in den letzten Jahrzehnten einschneidend verändert, im religiösen, moralischen wie im politischen und ökonomischen Bereich. Den Veränderungen ist eines gemeinsam: Feste Normen und Verhaltencodices wurden abgebaut, die Bandbreite des Zulässigen, der Spielraum individuellen Verhaltens ausgedehnt.

Geradezu dramatisch verlief der Normenverfall in der Ehe- und Familienmoral. In einer unglaublich kurzen Zeitspanne vollzog die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik die De-Institutionalisierung der Ehe. Noch 1967 verurteilten 43 Prozent der jungen Männer und 65 Prozent der jungen Frauen das Zusammenleben Unverheirateter; bereits 1973 hatte die Ehe ohne Trauschein den Weg zu gesellschaftlicher Anerkennung bewältigt: 87 Prozent der jungen Männer und 92 Prozent der jungen Frauen billigten diese Form des Zusammenlebens. In einer längeren Zeitspanne, aber ebenso erfolgreich, setzte sich die gesellschaftliche Tolerierung der Ehescheidung durch, die heute nur noch 15 Prozent der deutschen Bevölkerung, 4 Prozent der jungen Generation rigoros ablehnen. Nur Minderheiten der jungen Generation in der Bundesrepublik wie in Europa stützen heute noch auch andere früher gültige rigide Normen, wie die Verurteilung von Ehebruch, Homosexualität oder Prostitution.

Ein anderes Beispiel für den Abbau von Normen, die Erweiterung des Zulässigen, ist die Einstellung zu Eigentum und Eigentumsdelikten. Die private Nutzung betrieblichen Eigentums und die Übervorteilung von öffentlichen Kassen und von Wirtschaftsunternehmen treffen immer weniger auf rigorose Ablehnung. Die Haltung schlug nicht in vorbehaltlose Billigung um, sondern in eine bedingte Toleranz, die sich an den Umständen, an der Situation der Einzelfalls orientiert. Die Gültigkeit und Tragweite einer Norm hängt jedoch entscheidend von der Bereitschaft der Gesellschaft ab, Normverstöße zu tolerieren und Ausnahmen zuzulassen.

Die Scheu vor der vorbehaltlosen, nicht stets die Ausnahme einbeziehenden Anerkennung von Normen wird zunehmend das hervorstechende Charakteristikum der modernen Moral. In der europaweiten Untersuchung wurde die gesellschaftliche Tolerierung von Eigentumsdelikten und Verstößen gegen sexuelle Normen, von Gewalt gegen Sachen und Personen und die Gültigkeit des Schutzzanspruchs menschlichen Lebens geprüft. Für jeden Fall wurde um eine Bewertung gebeten, ob diese Verhaltensweise völlig akzeptabel, bedingt akzeptabel oder unter gar keinen Umständen zulässig ist. Es zeigte sich, daß nur noch wenige Normen rigoros, ohne Abschwächung und Berücksichtigung von Ausnahmen unterstützt werden.

Weitgehender, von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung getragener Konsens besteht in der rigorosen Ablehnung von Mord aus politischen Motiven, Diebstahl an Privateuten, dem (wissentlichen) Kauf gestohlener Waren oder der

physischen Bedrohung von Arbeitern, die die Beteiligung an einem Streik verweigern.

Permissiver als gegenüber der Verletzung der Eigentumsrechte Privater ist die Haltung gegenüber dem Betrug an öffentlichen Kassen wie der unberechtigten Inanspruchnahme von Sozialleistungen, Schwarzfahren in öffentlichen Verkehrsmitteln und besonders gegenüber Steuerhinterziehung; eine Möglichkeit der Steuerhinterziehung auszunutzen halten lediglich 52 Prozent der deutschen, 53 Prozent der europäischen Bevölkerung für unter gar keinen Umständen zulässig.

Normen, die bestimmte Formen sexueller Praxis, wie Homosexualität, Prostitution oder Ehebruch, aus dem Bereich des Zulässigen ausgrenzen, finden nur bei knapp der Hälfte der gesamten erwachsenen Bevölkerung rückhaltlose Anerkennung. Noch schwächer ist der Rückhalt von Normen, die die absolute Schutzwürdigkeit menschlichen Lebens postulieren. Selbstmord lehnen 50 Prozent der Bevölkerung grundsätzlich ab, aktive Sterbehilfe 30 Prozent, Abtreibung 32 Prozent und Tötung aus Notwehr 28 Prozent. Mit Ausnahme der Beurteilung politischer Attentate und der Tötung aus Notwehr sowie der Mißachtung von privaten Eigentumsrechten neigt die deutsche Bevölkerung in allen Punkten zu einer permissiveren Haltung als der europäische Durchschnitt.

Außerordentlich groß ist in Europa wie in der Bundesrepublik der Dissens zwischen den Generationen über die Bandbreite des Zulässigen. Es gibt keinen Bereich, keine einzelne Verhaltensweise, die von der jungen Generation nicht mit einer weitaus größeren Toleranzspanne ausgestattet wird. Dies gilt besonders für den Betrug an öffentlichen Kassen, die Schädigung von Privateigentum ohne Übernahme der Verantwortung und Konsequenzen für die Normen der Sexualmoral sowie Gewalt gegenüber staatlichen Ordnungskräften. Die unberechtigte Inanspruchnahme von Sozialleistungen halten 70 Prozent der gesamten europäischen Bevölkerung, aber 54 Prozent der jungen Generation für generell unzulässig; für einen verursachten Schaden an einem privaten Pkw nicht die Verantwortung zu übernehmen, verurteilen 66 Prozent der Bevölkerung, 49 Prozent der 18- bis 24jährigen rigoros; Homosexualität lehnen 47 Prozent der Bevölkerung, 31 Prozent der jungen Generation grundsätzlich ab, Gewalt gegenüber Polizisten 66 Prozent der europäischen Bevölkerung, 48 Prozent der 18- bis 24jährigen. Es muß an dieser Stelle noch einmal betont werden, daß die rigorose Unterstützung von Normen nicht der vorbehaltlosen Billigung von Verstößen Platz macht. Wenn nur 48 Prozent der 18- bis 24jährigen Gewalt gegenüber Ordnungskräften rigoros ablehnen, heißt dies nicht, daß die Mehrheit dieser Altersgruppe Gewalt generell billigt; die große Mehrheit spricht sich gegen Gewalt aus, doch unter Vorbehalt. Die meisten Normen stehen noch, jedoch wie bröckelndes Mauerwerk, durch die wachsende Bereitschaft zur Tolerierung von Normverstößen.

In der in der Bundesrepublik wie bei den europäischen Nachbarn bestehenden Kluft zwischen den Generationen kündigt sich sozialer Wandel an. Die vorliegen-

den deutschen Trendreihen zur Ehe- und Familienmoral wie über die Zulässigkeit von Eigentumsdelikten dokumentieren, daß die Neigung zu Permissivität hier die Generationen keineswegs immer unüberbrückbar weit trennt. Vielmehr kündet sich der Verfall von Normen meistens zunächst in einer Wandlung der Einstellung der jungen Generation an. Die moralischen Fragen, in denen die Permissivität der jungen Generation besonders eklatant von der der älteren abweicht, identifizieren die zur Zeit akut von sozialem Wandel betroffenen Bereiche.

Die Bandbreite des moralisch Zulässigen steigt. Dies erweitert individuellen Freiheitsspielraum, gefährdet ihn jedoch gleichzeitig durch die Spannung zwischen individueller Freiheit und Freiheit in sozialer Gemeinschaft. Die zunehmende Freiheit, die Eigentumsrechte anderer zu mißachten, beeinträchtigt die Freiheit, Eigentum zu besitzen; die wachsende Tolerierung der unberechtigten Inanspruchnahme öffentlicher Kassen zieht zwangsläufig Reaktionen in Form von zusätzlichen Vorschriften und Kontrollen nach sich und damit Abbau von Freiheitsspielraum.

Die Verbreiterung des Zulässigen bedeutet auch den Verlust von feststehenden Urteilskriterien und als Folge die Zunahme von Verhaltensunsicherheit und Widersprüchlichkeit. 43 Prozent der europäischen, 61 Prozent der deutschen Bevölkerung stimmen der Aussage zu, es müsse für Sexualität feststehende moralische Normen geben, man könne sie nicht den individuellen Wünschen und dem Geschmack anheimgeben. Der Eindruck einer in Fragen der Sexualmoral wesentlich rigoroseren Haltung der deutschen Bevölkerung löst sich jedoch bei Konfrontation mit der entgegengesetzten Forderung nach völliger sexueller Freiheit auf: 52 Prozent der Europäer und nur 47 Prozent der deutschen Bevölkerung widersprechen dieser Forderung entschieden. Das auffällige Merkmal der deutschen Haltung gegenüber dieser Forderung nach völliger Liberalisierung ist das überdurchschnittliche Maß an Urteilsunsicherheit: 24 Prozent der Europäer, aber 32 Prozent der Deutschen beziehen hier nicht eindeutig Stellung, sondern tendieren überwiegend zu einer situationsabhängigen Bewertung.

In keinem Land ist die Widerspruchsraten, die gleichzeitige Unterstützung einer völlig freien und einer durch gesellschaftliche Normen begrenzten Sexualität so hoch wie in der Bundesrepublik, am niedrigsten dagegen in den in Fragen der Sexualmoral überdurchschnittlich liberalen Ländern Frankreich und Holland. Ein anderes Beispiel für die aus dem Nebeneinander von traditioneller und moderner Moral entstehenden Widersprüche und Urteilsunsicherheit: 81 Prozent der europäischen Bevölkerung sind überzeugt, daß die seelische Gesundheit eines Kindes eine komplette Familie, beide Eltern erfordere; zugleich mißbilligen jedoch nur 36 Prozent den freien Entschluß einer alleinstehenden Frau, ein Kind zu bekommen. Jeder dritte Europäer und 21 Prozent der deutschen Bevölkerung, die von der Notwendigkeit einer kompletten Familie für das Glück eines Kindes überzeugt sind, billigen die Entscheidung einer ledigen Frau für die Mutterschaft ausdrück-

lich und begeben sich damit in unauflöslichen Widerspruch. Dieser Widerspruch tritt weit überdurchschnittlich in Frankreich und Dänemark auf sowie in der jungen Generation nahezu aller Länder. Die konsequente Forderung nach individueller Entscheidungsfreiheit verschärft den Konflikt mit konkurrierenden Werten, wie der Verantwortung für das kindliche Wohl.

Hier wird der Anspruch auf freie individuelle Entfaltung fragwürdig. Es geht nicht um die Frage, ob die Einschätzung, ein Kind brauche beide Elternteile, gerechtfertigt ist. Entscheidend ist, daß Personen, die diese Ansicht vertreten, in hohem Maße bereit sind, als gerechtfertigt anerkannte Schutzansprüche dem Ziel individueller Entscheidungsfreiheit zu opfern. Wenn Freiheit als Konzept individueller Lebensführung, als Individualisierung von Glücksansprüchen überstrapaziert wird, geht das Bewußtsein für die soziale Dimension der Freiheit, für Verantwortung verloren.

Mißtrauen gegenüber Autorität und Institution

In Europa schwindet der Konsens über die Grenzen, die individueller Freiheit zugunsten der Gruppe, sei es Familie, Betrieb oder die Gesellschaft insgesamt, gesetzt sein sollen. Das einseitige, primär an individuellem Spielraum orientierte Freiheitsverständnis schlägt auch auf die Haltung zu Institutionen und Autorität durch. In seinem Diskurs über den Konflikt zwischen Freiheitsstreben und der Anerkennung von Autorität betont der Politologe Carl Friedrich: „Die Freiheit der Unabhängigkeit einer Gruppe von Personen kann nur dann erhalten werden, wenn eine Autorität die Grenzen setzt, innerhalb deren solche Freiheit sich bewegt. Die Freiheit der Partizipation setzt eine autoritative Ordnung voraus, an der man partizipieren kann.“⁵

In Europa und wiederum besonders in der Bundesrepublik trifft Autorität auf wachsendes Mißtrauen, ist von einer Aura des Unbekömmlichen, Verdächtigen umgeben. Eine Stärkung von Autorität gilt 84 Prozent der amerikanischen, 61 Prozent der europäischen Bevölkerung als wünschenswertes Ziel, aber nur 44 Prozent der deutschen Bevölkerung, 19 Prozent der jungen deutschen Generation. Ihre Bereitschaft, die Autorität von Vorgesetzten zu akzeptieren, knüpfen 23 Prozent der amerikanischen, 43 Prozent der europäischen und 51 Prozent der deutschen Bevölkerung an die Bedingung, daß Anordnungen begründet werden und Übereinstimmung über ihre Rationalität erzielt wird. Die Befähigung zur Begründung von Autorität, die Friedrich als entscheidendes Merkmal „echter“ Autorität nennt, wird häufig zu einem steten Begründungszwang, der im Verhältnis zwischen der Autorität und den sie Akzeptierenden jegliches Vertrauen negiert. Diese Entwicklung ist auch in anderen Lebensbereichen festzustellen, auch in der Bewertung elterlicher oder kirchlicher Autorität.

Institutionen gründen sich auf Autorität, und zwar auf einer dauerhafteren, sich nicht ad hoc konstituierenden, nicht steten Begründungszwängen unterliegenden Autorität. Die Individualisierung von Moral, das wachsende Mißtrauen gegenüber rigorosen Normen und gegenüber Institutionen belasten zwangsläufig in besonderem Maße das Verhältnis der Gesellschaft zu den sinnvermittelnden und normsetzenden Institutionen, speziell zur Kirche. Es wird der katholischen Kirche häufig und gerade auch von ihr Wohlwollenden vorgeworfen, sie passe sich zuwenig an den Zeitgeist an. Anpassung an den Zeitgeist bedeutete heute jedoch keineswegs in erster Linie Modernisierung von Normen, sondern vor allem die Aufgabe des Anspruchs, Normen zu setzen. Der Zeitgeist fordert die Entwicklung zu einer Kirche, die niemanden mehr stört. Was bliebe dann von der Identität der Kirche, was von der Bedeutung von Religion?

Wer die bedrängte Position der Kirche, der Religion lediglich als Ergebnis verkrusteter Strukturen, mangelnder Fähigkeit zu inhaltlichen und organisatorischen Reformen deutet, erfaßt die Dramatik der Situation nicht, begreift nicht, was es heißt, Kirche und Religion gegen einen auf Individualisierung und Liberalisierung gerichteten Zeitgeist durchzuhalten. Die Krise der religiösen Kultur ist in diesem Umfeld zwangsläufig; überraschen muß nur, wie rasch Religiosität und religiöse Praxis niederbrechen können.

Abkehr von Kirche und Religion

Mit keiner der durch Tradition und Konsens gefestigten Verhaltensweisen wurde in den letzten Jahrzehnten in der Bundesrepublik so radikal gebrochen wie mit der Praktizierung des christlichen Glaubens. In den fünfziger Jahren waren religiöse Rituale für die überwältigende Mehrheit zumindest der katholischen Bevölkerung fester und vertrauter Bestandteil des Lebens. Zu Beginn der fünfziger Jahre besuchten 51 Prozent der Katholiken regelmäßig, weitere 24 Prozent zumindest gelegentlich den Gottesdienst. Heute findet sich nur ein knappes Drittel der erwachsenen katholischen Bevölkerung regelmäßig im Gottesdienst zusammen, 26 Prozent zumindest sporadisch. Der Anteil regelmäßiger protestantischer Gottesdienstbesucher – durch ein anderes, die Institution geringer bewertendes Kirchenverständnis nie den großen katholischen Gemeinden vergleichbar – sank im gleichen Zeitraum von 13 auf 6 Prozent.

Dies war keine gradlinige Entwicklung, kein schleichender Erosionsprozeß über drei Jahrzehnte hinweg. Bis in die sechziger Jahre hinein deutete nichts auf eine Schwächung der Kirchenbindung hin. Die Bruchstelle liegt in der Mitte der sechziger Jahre. Von diesem Zeitpunkt an brachen in einer geradezu unglaublich kurzen Spanne – innerhalb von nur sieben, acht Jahren – die großen Gemeinden, die sich Jahrzehnte zum Gottesdienst zusammengefunden hatten, auseinander.

Am radikalsten vollzog die junge Generation die Abkehr von Kirche und Religion. Die Generationen lebten sich in ihren religiösen Anschauungen auseinander, so daß Religiosität in Europa Gefahr läuft, zum Merkmal einer Alterskultur zu werden, getrennt von einer weitgehend areligiösen und entkirchlichten Jugendkultur. Gleichgültig, ob der Besuch von Gottesdiensten, Glaubensinhalte, der Stellenwert des Glaubens oder die Kompetenz der Kirche angesprochen werden, äußert sich die junge Generation in Europa weitaus distanzierter, ablehnender als die ältere. Als religiösen Menschen beschreiben sich 74 Prozent der 60jährigen und älteren Deutschen, aber nur 34 Prozent der unter 25jährigen Deutschen. Mitsprache in den moralischen Entscheidungen des einzelnen billigen rund vier von 10 Deutschen der Kirche zu, aber nur 18 Prozent der jungen Deutschen (Tabellen 1 bis 4). Das Schicksal der Institution und das der Religion sind nicht voneinander zu trennen. In allen in die Untersuchung einbezogenen europäischen Ländern zeigten sich Personen, die der Institution ausweichen oder ihr besonders kritisch gegenüberstehen, in ihrer Glaubensintensität deutlich beeinträchtigt; in der Bundesrepublik bezeichnen sich 95 Prozent der Personen mit sehr großem Vertrauen in die Institution als religiös, aber nur 16 Prozent derjenigen, die kein Vertrauen in die Kirche setzen.

Die Entfernung von Religion und Kirche ist nicht kurzfristig umkehrbar. Die Weitergabe religiöser Werte, die Erziehung zum Glauben sind tiefgreifend gestört. Die religiösen Riten sind aus dem Alltag des einzelnen, der Familie weitgehend verschwunden; Religion ist aus vielen Lebensbereichen ausgeblendet, unsichtbar geworden. Nur noch eine Minderheit der Eltern zählt Religiosität zu den besonders wichtigen Erziehungszielen. Diese Entwicklung trifft die Religiosität einer Gesellschaft am Nerv, denn wenig ist so vorbestimmt durch die Erfahrungen der Kindheit wie die Befähigung zu Religiosität. Die heute noch kirchennahen Unter-30jährigen stammen überwiegend aus ausgeprägt religiösen Elternhäusern, nur in Einzelfällen aus einem areligiösen Elternhaus⁶.

Die Scheu von Eltern, religiöse wie allgemein weltanschauliche Inhalte entschlossen zu vermitteln, öffnet eine Gesellschaft für sozialen Wandel. Die Bedeutung der Familie als „Weltanschauungsgemeinschaft“ wird in überraschendem Maße unterschätzt. Nicht nur die Forschung widmet dieser Funktion der Familie wenig Aufmerksamkeit; auch die Bevölkerung blendet die weltanschauliche Dimension aus ihrem Familienverständnis nahezu aus. So hält nur eine kleine Minderheit der europäischen Bevölkerung Übereinstimmung in politischen oder religiösen Fragen zwischen Ehepartnern für wichtig, um den Erfolg einer Ehe zu sichern; tatsächlich zeigt die Prüfung der weltanschaulichen Übereinstimmung von intakten und gefährdeten Familien jedoch einen engen Zusammenhang zwischen der Einigkeit in grundsätzlichen Fragen und dem Gesamtzustand der Ehe: je schwächer die weltanschauliche Übereinstimmung, desto negativer, bedrückter wird die häusliche Atmosphäre beschrieben⁷.

Zerreißprobe für die Familie

Weltanschaulicher Dissens ist eine Belastungsprobe für die Familie, ob die Gräben innerhalb der Generationen oder zwischen ihnen aufreißen. Zwangsläufig belasten historische Umbrüche und ein ideologisch aufgeladenes gesellschaftliches Klima die Institution, die verschiedene Generationen verbindet. Was die deutsche Geschichte für die Familie bedeutet, ist ein völlig unaufgearbeitetes Thema. Die international vergleichende Wertestudie lässt die Zerreißproben ahnen und widerlegt all jene, die glaubten, die Katastrophen des politischen, des öffentlichen Raumes hätten die Familie unbeschädigt gelassen oder sogar gestärkt. Die Familien in der Bundesrepublik sind von einer auffälligen Bindungsschwäche und Distanz der Mitglieder untereinander gezeichnet. 52 Prozent der Europäer, aber nur 44 Prozent der deutschen Bevölkerung beschreiben die emotionale Beziehung zu ihrer Mutter als sehr eng; 41 Prozent der Europäer, aber nur 27 Prozent der deutschen Bevölkerung berichten von einer intensiven Bindung an ihren Vater. Auch die Beziehung der Eltern untereinander wird distanzierter beschrieben.

Die Pflichten der Eltern zur Fürsorge für ihre Kinder und die Verpflichtung der Kinder zu Liebe und Achtung gegenüber ihren Eltern werden ungewöhnlich eng ausgelegt. 64 Prozent der Europäer, aber nur 46 Prozent der deutschen Bevölkerung halten Eltern zur Opferbereitschaft gegenüber ihren Kindern verpflichtet. 63 Prozent der Europäer, 48 Prozent der deutschen Bevölkerung möchten Kinder gegenüber ihren Eltern grundsätzlich zu Liebe und Achtung verpflichten. Anders als in Großbritannien oder Frankreich scheiden sich hier die Generationen in der Bundesrepublik scharf; die junge deutsche Generation möchte die Verpflichtungen zwischen den Generationen eng begrenzen, lehnt mehrheitlich die grundsätzliche Forderung nach Opferbereitschaft der Eltern wie nach Respekt und Zuneigung der Kinder ab. Ungewöhnlich ist auch die Wertschätzung, die Unabhängigkeit als Erziehungsziel in der jungen Generation genießt: 67 Prozent der 18- bis 24-jährigen Deutschen zählen sie zu den wichtigsten Erziehungszielen (Tabelle 5).

Die Familie ist einer der wichtigsten Träger des gesellschaftlichen Wertesystems. Wenn sich die Intensität der Beziehungen, das Gefühl der Verbundenheit zwischen den Generationen innerhalb der Familie verringert, wird eine Gesellschaft offener für sozialen Wandel. Personen mit enger emotionaler Bindung an beide Eltern teilen weit überdurchschnittlich deren weltanschauliche Positionen und Wertvorstellungen, während emotional von beiden Elternteilen distante Personen sich auch von der Weltanschauung der Eltern entschieden distanzieren. So teilen 63 Prozent der beiden Eltern emotional Verbundenen die religiösen Anschauungen der Eltern, aber nur 32 Prozent derjenigen, die weder zu ihrem Vater noch zu ihrer Mutter eine enge emotionale Bindung haben; noch krasser verfällt der moralische Konsens zwischen den Generationen, wenn die emotionalen Bindungen nicht intakt sind. Die im internationalen Vergleich ungewöhnlich distanzierten familiären Beziehun-

gen in der Bundesrepublik weisen sie als ein Land aus, das zur Zeit wie kein anderes in Europa offen für neue Werte und Einflüsse ist. In allen Wertebereichen, ob Religion, Moral, Politik oder soziale Einstellungen, verläuft der Wertetransfer in der Bundesrepublik stockender als in anderen europäischen Ländern. Die europäischen Länder bleiben weit hinter den USA zurück, wo sich die Generationen durch einen breiten weltanschaulichen Konsens verbunden fühlen (Tab. 6).

Wenn die Familie, das Vertrauen zwischen den Generationen beschädigt wird, wird die Gesellschaft insgesamt in Mitleidenschaft gezogen. Das Verhältnis zu gesellschaftlichen Institutionen ist untrennbar mit Vertrauen und Konsens zwischen den Generationen verbunden. Von den 18- bis 24jährigen Europäern, die sich ihren Eltern weltanschaulich verbunden fühlen, setzen 59 Prozent großes Vertrauen in die Kirche, 60 Prozent in die Gesetze, 45 Prozent in das nationale Parlament; von den gleichaltrigen, die sich weltanschaulich von ihren Eltern distanzieren, bekunden 22 Prozent großes Vertrauen in die Kirche, 42 Prozent in die Gesetze, 27 Prozent in das Parlament.

Durch ihre Bedeutung für die Weitergabe von Werten, für die Kontinuität des Wertesystems wird die Familie zwangsläufig in Zeiten sozialen Wandels von auf Veränderung drängenden Kräften attackiert. Die Ehe und Familie betreffenden Normen sind neben dem religiösen Bereich in den letzten Jahrzehnten von Wertewandel am stärksten betroffen. Bei unverminderter gesellschaftlicher Wertschätzung der Familie entzieht die öffentliche Meinung zunehmend die Unterstützung für die Normen und institutionellen Absicherungen, die der Familie Dauer garantieren und speziell auch ihre Aufgabe des Wertetransfers erleichtern. Die Tendenz zur Ausdehnung individuellen Handlungsspielraums trifft auch die Familie, begünstigt die wachsende Toleranz gegenüber Scheidung, Ehebruch, informellen Formen des Zusammenlebens und fördert eine enge Auslegung der Verpflichtungen zwischen den Generationen. Diese Entwicklung macht die europäische Gesellschaft offener für sozialen Wandel, aufnahmefreudiger für neue Ideen, aber auch anfälliger für Orientierungskrisen.

ANMERKUNGEN

¹ Neben der Bundesrepublik und Frankreich waren Großbritannien, Irland, Dänemark, Schweden, Belgien, Holland, Spanien und Italien in die Untersuchung einbezogen. Quelle: European Value Study 1981. IfD-Archiv-Nr. 1295.

² J. St. Mill, Über die Freiheit (1859, dt. Stuttgart 1974) 5–10.

³ E. Noelle-Neumann, Die Schweigespirale – unsere soziale Haut (München 1980).

⁴ Einer der wenigen, die versuchen, diese Diskussion in Gang zu bringen, ist der amerikanische Kommunikationswissenschaftler Neil Postman: Wie man sich zu Tode vergnügt. Rede über die Wirkungen des Fernsehens auf die amerikanische Bevölkerung, gehalten zur Eröffnung der Frankfurter Buchmesse (FAZ, 4. 10. 1984); The Contradictions of Freedom of Information. Vortrag auf der Tagung „Creating Meaning: The Literacies of Our Time“ der Annenberg School of Communications, University of Southern California (16.–18. 2. 1984).

⁵ C. J. Friedrich, Tradition und Autorität (München 1974) 93f.

⁶ R. Köcher, Die Abwendung von der Kirche, in: Herder-Korrespondenz 35 (1981) 445.

⁷ Dies., Familie und Gesellschaft (Ms., Allensbach 1985).

Tabelle 1: Europa – Bevölkerung ab 18 Jahre

Der Glaube an Gott in den Generationen

Es stimmen der Aussage zu: „Ich glaube an Gott“:

Bevölkerung ab 18 Jahre insgesamt %	Altersgruppen			
	18–24 Jahre %	25–39 Jahre %	40–59 Jahre %	60 Jahre und älter %
Europa insgesamt	75	67	68	78
Bundesrepublik Deutschland	72	52	61	76
Frankreich	62	49	49	72
				74

Tabelle 2: Europa – Bevölkerung ab 18 Jahre

Nur jeder dritte der jungen Deutschen und Franzosen beschreibt sich als religiös

Es stimmen der Aussage zu: „Ich bin ein religiöser Mensch“:

Bevölkerung ab 18 Jahre insgesamt %	Altersgruppen			
	18–24 Jahre %	25–39 Jahre %	40–59 Jahre %	60 Jahre und älter %
Europa insgesamt	61	47	53	65
Bundesrepublik Deutschland	58	34	49	60
Frankreich	51	38	41	57
				65

Tabelle 3: Europa – Bevölkerung ab 18 Jahre

Nur einer Minderheit der jungen Europäer ist der Glaube eine Quelle von Kraft

Es stimmen der Aussage zu: „Ich ziehe persönlich aus dem Glauben Trost und Kraft“:

Bevölkerung ab 18 Jahre insgesamt %	Altersgruppen			
	18–24 Jahre %	25–39 Jahre %	40–59 Jahre %	60 Jahre und älter %
Europa insgesamt	49	36	39	53
Bundesrepublik Deutschland	44	24	28	46
Frankreich	37	21	26	43
				54

Tabelle 4: Europa – Bevölkerung ab 18 Jahre

Junge Europäer bestreiten die Kompetenz der Kirche in moralischen Fragen

FRAGE: „Glauben Sie ganz allgemein, daß die Kirche in unserem Land eine Antwort auf moralische Probleme und Nöte des einzelnen geben kann?“

Es sind überzeugt, die Kirche könne eine Antwort auf moralische Probleme und Nöte des einzelnen geben:

	Bevölkerung ab 18 Jahre insgesamt	Altersgruppen			
		18–24 Jahre %	25–39 Jahre %	40–59 Jahre %	60 Jahre und älter %
Europa insgesamt	35	24	26	38	48
Bundesrepublik Deutschland	37	18	27	38	53
Frankreich	42	30	31	48	57

Tabelle 5: Europa – Bevölkerung ab 18 Jahre

Erziehungsziel „Unabhängigkeit“

Es sind der Ansicht, Kinder sollten im Elternhaus vor allem lernen, unabhängig und selbständig zu werden:

	Bevölkerung ab 18 Jahre insgesamt	Altersgruppen			
		18–24 Jahre %	25–39 Jahre %	40–59 Jahre %	60 Jahre und älter %
Europa insgesamt	28	36	35	25	18
Bundesrepublik Deutschland	46	67	59	45	30
Frankreich	16	26	26	11	3

Tabelle 6: USA, Europa – Bevölkerung ab 18 Jahre

Weltanschauliche Übereinstimmung zwischen den Generationen

FRAGE: „In welchen Bereichen haben/hatten Sie und Ihre Eltern ähnliche Ansichten?“
(Vorlage einer Liste)

	USA %	Europa insgesamt %	Bundesrepublik Deutschland %
Moralvorstellungen	84	63	49
Einstellungen zur Religion	74	56	47
Einstellungen gegenüber anderen Menschen	70	55	44
Politische Ansichten	48	36	28
Einstellung zur Sexualität	41	23	13
	317	233	181
In nichts davon	x	10	9
Weiß nicht	9	11	14